

Duodezfürstentümern. Das wäre eine katastrophale Entwicklung, die den europäischen Einigungsprozess im Westen in Frage stellen und Europa auseinander reißen könnte. Die Zeichen stehen jedoch gut: Fünf Jahre nach Dayton haben die einfachen (auch von internationalen Kritikern formulierten) Antworten auf die Probleme des Landes keine Konjunktur, die Debatten um eine mögliche Aufteilung Bosniens sind verstummt. Die Erfahrung hat gezeigt, dass die Umsetzung des Friedensabkommens trotz aller Probleme und Widerstände machbar ist. Es wird noch lange dauern, bis die identitäre Politik und der Nationalismus in Bosnien und Herzegowina besiegt sein werden, aber ihr Ende ist absehbar. Wenn wir es schaffen, die drei Volksgruppen in Bosnien und Herzegowina miteinander zu versöhnen – indem wir ihnen beim Aufbau einer modernen Wirtschaft, eines funktionierenden Staatswesens und eines unabhängigen Rechtssystems helfen –, ist Ähnliches für den gesamten Balkan möglich. Deshalb muss es uns gelingen, den Frieden in Bosnien und Herzegowina dauerhaft zu sichern.

Quelle: Petritsch W. 2001: *Bosnien und Herzegowina fünf Jahre nach Dayton – Hat der Friede eine Chance?* Klagenfurt/Celovec, 213–215, 224 f.

Bewaffneter Kampf für Großalbanien – die AKSh

In den späten neunziger Jahren waren insbesondere unter der albanischen Bevölkerung Kosovos, aber auch in Südserbien und Makedonien ein langsames Abgehen von der weitgehend erfolglosen friedlichen Politik zur Erreichung von mehr Rechten und eine Hinwendung zum bewaffneten Kampf festzustellen.

Die Strategie der Befreiungsarmee Kosovos (Ushtria Çlirimtare e Kosovës, UÇK) war höchst erfolgreich: Ihre Anschläge auf die serbische Polizei und die Jugoslawische Volksarmee in der Unruheprovinz sowie die Schaffung von „befreiten Gebieten“ führten zu einer Eskalation der Gewalt, die letztendlich die Nato zum Eingreifen bewegte. Nach kosovarischem Vorbild formierte sich in Makedonien die auf Albanisch ebenso mit UÇK abgekürzte „Nationale Befreiungsarmee“ (Ushtria Çlirimtare Kombëtare), die sich so lange Gefechte mit makedonischen Sicherheitskräften lieferte, bis auf westlichen Druck in Ohrid ein Vertrag unterzeichnet wurde, der den makedonischen Albanern größere Rechte und mehr Mitbestimmung einräumte. Ali Ahmeti, der Anführer der makedonischen UÇK, wechselte in die Politik, und seine Partei trat nach den Wahlen des Jahres 2002 in die makedonische Regierung ein.

Die überwiegende Mehrheit der Kosovo-Albaner wünscht zwar die Unabhängigkeit ihrer Provinz, nicht aber eine Vereinigung mit dem völlig verarmten und krisengeschüttelten Albanien, und auch der Großteil der makedonischen Albaner pocht lediglich auf die Umsetzung des Vertrags von Ohrid. Eine kleine Minderheit gewaltbereiter albanischer Extremisten gibt sich mit den politischen Erfolgen der letzten Jahre nicht zufrieden und formierte eine eigene Guerillaorganisation namens AKSh (Armata Kombëtare Shqiptare, Nationale Albanische Armee), die sich die Schaffung eines Großalbanien auf die Fahnen geschrieben hat. Obwohl ihre Ziele beim Großteil der Albaner auf wenig Gegenliebe stoßen, führen die Aktivitäten der AKSh speziell in Makedonien immer wieder zu Spannungen. Während die Zugeständnisse an die makedonischen Albaner deren Loyalität zum makedonischen Staat merkbar gesteigert haben, ist ein beachtlicher Teil der slawischen Makedonier der Auffassung, dass bereits der Vertrag von Ohrid zu weit geht. In jüngster Zeit heizte dies den Nationalismus unter der makedonischen Bevölkerungsmehrheit weiter an, und es ist fraglich, ob das Land nicht abermals vor einer Eskalation der Gewalt steht.

Das folgende Dokument ist ein Memorandum der AKSh und ihres politischen Flügels, der bisher wenig in Erscheinung getretenen „Front für die Nationale Albanische Vereinigung“ (FBKSh). Darin beschreibt die Organisation ihr Bild von der Lage der albanischen Nation in Geschichte und Gegenwart und tritt für den bewaffneten Kampf mit dem Ziel einer Vereinigung Albaniens, Kosovos, der albanischen Gebiete Makedoniens, Montenegros, Südsربيens und der früher albanisch besiedelten Teile Nordgriechenlands (der sogenannten Çamëria) ein.

Auffällig ist, dass die AKSh zwar ideologisch ein Nationsbild vertritt, das aus dem 19. Jahrhundert stammen könnte, ihre Rhetorik aber am proeuropäischen und amerikafreundlichen Diskurs der albanischen Öffentlichkeit orientiert und die Schaffung eines „ethnisch vereinten“ Großalbanien als Voraussetzung für die Westintegration des Landes und die Befriedung des Balkans darstellt. Unabhängig von der Frage des künftigen Status Kosovos ist zu befürchten, dass derart massive Eingriffe in die gegenwärtigen Grenzen in Südosteuropa in eine Katastrophe münden würden.

Vorstand der Front für die Albanische Nationale Vereinigung

Tirana, Prishtina, Skopje, Ulqin, Preveza

Am 25. August 2002

An:

die UNO-Generalversammlung

den UN-Sicherheitsrat

das State Department der USA

den Ratsvorsitz der Europäischen Union

das Europaparlament

den Nato-Rat

Zur Kenntnisnahme an:

das Parlament der Republik Albanien

den Präsidenten der Republik Albanien

die Regierung der Republik Albanien

das Parlament Kosovos

den Präsidenten Kosovos

die Regierung Kosovos

Memorandum

Das albanische Volk und sein ethnischer Lebensraum sind noch immer besetzt, kolonialisiert, zerstückelt und in der Geiselhaft ihrer Nachbarstaaten Serbien, Montenegro, der Ehemaligen Jugoslawischen Republik Makedonien und Griechenland. Dies ist so seit dem Jahr 1912 und wurde in den Jahren 1919 und 1946 auf den zwei Konferenzen von Paris nach dem Ersten und dem Zweiten Weltkrieg wie auch nach dem Ende des Kalten Krieges (nach dem Fall der Berliner Mauer) bestätigt.

Wir teilen Ihnen mit, dass die albanische Kolonialfrage auf dem Balkan nicht nur nicht gelöst ist, sondern weder angesprochen noch unter den aktuellen Umständen verhandelt wurde, weder durch die albanische noch durch die internationale Politik. Auch nach der Beendigung der bewaffneten Konflikte auf dem

Gebiet des ehemaligen Jugoslawien, welche die militärische Intervention der Nato ab dem 24. März 1999 mit sich gebracht hat, deren Ursache der Genozid an der albanischen Zivilbevölkerung Kosovos und die gewaltsame Vertreibung und Deportation von über 800.000 Albanern aus Kosova nach Makedonien und Albanien durch das Regime des ehemaligen Präsidenten der sogenannten „Bundesrepublik Jugoslawien“, Slobodan Milošević, waren, nahm man sich dieser Frage nicht an.

Die Albaner Kosovos kämpften, wurden getötet, massakriert, ihre Häuser niedergebrannt, und sie mußten Genozid und ethnische Säuberung erdulden. All dies nahmen sie auf sich, damit Kosova die Unabhängigkeit erringen und die nationale Einigung vollzogen würde, doch diese Frage wurde weiter hinausgeschoben und als solche nicht einmal klar formuliert, obwohl alle Bedingungen dafür sowohl in politisch-juridischer als auch in staatsrechtlicher Hinsicht und gemäß dem internationalen Recht erfüllt sind. Dennoch wurde und wird sie [die nationale Einigung] nicht vollzogen.

Die Albaner der Ehemaligen Jugoslawischen Republik Makedonien kämpften für die Gleichberechtigung gegenüber den slawischen Makedoniern, für ihre Anerkennung als staatsbildende Nation und die nationale Wiedervereinigung. Dafür haben sie trotz dem Vertrag von Ohrid bis heute die Waffen nicht niedergelegt, denn sie gaben sich mit diesen minimalen Rechten nicht zufrieden. Selbst diese wurden aufgrund der direkten und indirekten Verwicklung Russlands, Serbiens, Bulgariens und Griechenlands nicht umgesetzt, die der slawisch-makedonischen Regierung des Premiers Lubčo Georgievski unter anderem auch militärisch halfen, den Widerstand der UÇK bei ihrer Selbstverteidigung und ihrem Befreiungskampf zu brechen. Folglich blieben die Albaner Staatsbürger zweiter Klasse, und ihnen wurde nur der Status einer nationalen Minderheit zugesichert, obwohl es von ihrer Anzahl und Bevölkerungsstruktur her in Makedonien mehr Albaner als Makedonier gibt. Die Statistiken wurden aber vom slawisch-makedonischen Staat wie auch jedes Mal zuvor gefälscht, wobei alle anderen slawischen Minderheiten als Makedonier registriert wurden. Die Albaner in Ostkosova (Presheva, Bujanovc und Medvegje) kämpften, um sich von der grausamen serbisch-slawischen Kolonialherrschaft zu befreien und sich wieder mit Kosova zu vereinigen.

Innerhalb von drei Jahren kämpfte das unter Besatzung stehende albanische Volk in drei Kriegen für Freiheit, Demokratie und nationale Gleichberechtigung, doch keinen dieser Kriege und keines dieser Rechte konnte es gewinnen. Was war die Ursache dafür? – Die Gleichgültigkeit und Kurzsichtigkeit der albanischen primitivpazifistischen, kosmopolitischen Politik der Koexistenz, das Fehlen eines organisierten allgemeinen Aufstands der Albaner und das völlige Fehlen einer echten und ehrlichen Unterstützung durch relevante politische Kräfte und die internationale Gemeinschaft.

Wir verkünden hiermit, dass das von Serbien, Makedonien, Montenegro und Griechenland okkupierte albanische Volk mit seiner gegenwärtigen rechtlichen und politischen Situation unzufrieden ist. Die albanische Heimat ist nun schon mehr als ein Jahrhundert von diesen vier Staaten kolonialisiert und annektiert.

Wir teilen mit, dass das albanische Volk auf dem Balkan auf die Arten des Kampfes und des Widerstands gegen das Kolonialregime nicht verzichtet hat und auch niemals verzichten wird, wie sie auch durch die Normen und Gesetze des internationalen Rechts wie auch von der Charta der Vereinten Nationen garantiert werden, in denen die direkte, legitime und legale Realisierung der Bestrebungen und des legitimen Rechts auf Selbstbestimmung, Freiheit, Demokratie, nationale Befreiung und Wiedervereinigung in einem einzigen albanischen Staat auf dem Balkan vorgesehen ist.

Wir teilen Ihnen mit, dass das albanische Volk im Verlauf der Jahrhunderte mit allen politischen und demokratischen Mitteln und mit dem Mittel des allgemeinen Volksaufstands für die nationale albanische

Wiedervereinigung gekämpft hat und bis zur Schaffung eines ethnisch vereinigten Albanien kämpfen wird.

Wir verkünden, dass das albanische Volk der über ein Jahrhundert andauernden Besatzung und der Sklaverei durch die griechisch-slawischen Chauvinisten überdrüssig ist. Mit jedem weiteren Tag, der vergeht, verliert das albanische Volk seine Geduld und Ruhe. Mit jedem weiteren Tag verliert es die Hoffnung und den Glauben daran, dass die relevanten internationalen Kräfte die albanische Frage rasch und gerecht lösen werden. Mit jedem weiteren Tag wird das politische Bewusstsein des albanischen Volkes gestärkt, organisiert es sich militärisch und bereitet es sich auf den allgemeinen Volksaufstand und die endgültige Lösung der albanischen Frage vor – die Wiedervereinigung und die Wiederherstellung des früheren Albanien in seinen ethnischen Grenzen.

Das albanische Volk erfüllt gemäß dem internationalen Recht und der neuen Weltordnung kein einziges Kriterium für eine weitere europäische oder internationale Integration, da es weiterhin den Status eines kolonisierten Vasallenvolkes (im Herzen des zivilisierten, demokratischen Europa, obwohl es eines der ältesten Völker Europas ist) unter der Hegemonialherrschaft der slawischen Balkanstaaten hat. Als solches und mit allen Attributen der Gefangenschaft unter Umständen der zivilisationsfeindlichen, undemokratischen, antieuropäischen Unterdrückung ist es heute für die gesamte zivilisierte Welt rechtlich kein „geeigneter Kandidat“ und des Weiteren weder bereit noch willens, irgendein Angebot zu akzeptieren, an der europäischen Integration teilzunehmen, denn noch heute, zu Beginn des 21. Jahrhunderts, wird sein Territorium von seinen Nachbarstaaten besetzt und kolonialisiert. [...] Das heutige Albanien ist verstümmelt, es verfügt als Folge des hundertjährigen serbisch-slawischen Imperialismus nur über fünfzig Prozent der albanischen Bevölkerung und nur über die Hälfte der albanischen Gebiete. Erst wenn der koloniale Status der Albaner auf dem Balkan beendet sein wird, werden reelle Möglichkeiten und Voraussetzungen dafür bestehen, dass sich das albanische Volk als unabhängiger, souveräner Nationalstaat innerhalb seiner natürlichen Grenzen in ein vereintes Europa integriert, was eine Notwendigkeit für das albanische Volk und das wiedervereinigte Albanien ist.

Die politische Lage und die Sicherheitslage auf dem Balkan gleichen heute einem Vulkan, der jeden Moment ausbrechen kann. Die albanische Kolonialfrage ist die Lava, die den fragilen Frieden in der Region jederzeit zerstören kann. Solange dieser Vulkan aktiv ist, kann es keinen dauerhaften Frieden auf dem Balkan geben. Mit improvisierten politischen Lösungen, einer vorübergehenden Befriedung und halben Lösungen wird man diesen Vulkan nicht zum Erlöschen bringen. Dies vermögen nur der Ausdruck des freien Willens der Völker des Balkans nach Selbstbestimmung und die Schaffung von Nationalstaaten auf ethnischer Grundlage auf dieser unruhigen Halbinsel.

[...]

Sehr geehrte Damen und Herren der oben genannten internationalen Institutionen!

Zur Verhinderung neuer Kriege auf dem Balkan,

zur Wahrung und Stärkung des gegenwärtigen Friedens,

zur Schaffung von Stabilität, Demokratie und eines dauerhaften Friedens,

zur gerechten und endgültigen Lösung der nationalen Fragen auf dem Balkan und vor allem der albanischen nationalen Frage,

im Namen des Friedens und der Freiheit,

im Namen des freien menschlichen Willens und der Demokratie,

im Namen des Selbstbestimmungsrechts der Völker,
im Namen des Lebens, der Gerechtigkeit und der menschlichen Gleichheit,
im Namen der Charta der Vereinten Nationen über die Menschenrechte und Freiheiten und das
Selbstbestimmungsrecht der Völker richten wir dieses Memorandum an Sie:

Überdenken Sie die Beschlüsse der Konferenzen und Kongresse der Jahre 1913, 1919 und 1946, in denen
die Besetzung und Zerstückelung der albanischen Heimat, das ethnische Albanien, durch die chauvi-
nistischen Staaten des Balkans, Serbien, Griechenland, Montenegro und danach auch die Ehemalige
Jugoslawische Republik Makedonien, bestätigt wurden.

[...]

Berufen Sie eine internationale Balkankonferenz ein, an der Delegationen aller Staaten des Balkans und
Vertreter der oben genannten internationalen Organisationen teilnehmen.

[...]

Mit höchstem Respekt

der Vorsitzende der FBKSh
JUR. VALDET VARDARI

der politische Sekretär der FBKSh
AV. ALBAN VJOSA

der Chef des Generalstabs der AKSh
General RAMADAN VERIKOLLI

Quelle: <http://www.aksh.info> (abgerufen am 15. 1. 2004). Aus dem Albanischen übersetzt von Martin Prochazka.